



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 46.

Berlin, den 10. Februar 1918.

12. Jahrgang.

In Berlin herrscht die Ordnung.

Berlin, den 5. Februar 1918.

Deutschlands erster politischer Massenstreik.

Acht Tage lang hat der erste politische Massenstreik in Deutschland gewährt. Wenn je eine Bewegung von unten auf, aus den Massen selbst heraus entstanden ist, so ist es diese Streikbewegung. Der abhängigen Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern muß gerechterweise zugestanden werden, daß sie in dreieinhalb Kriegsjahren alles Erdenkliche getan haben, Wollen und Fähigkeit der Massen zu solchen Aktionen zu lähmen.

Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei aber hätte jedes Daseinsrecht verloren, hätte sie dem oft unklaren und instinktiven Willen der Massen nicht bestimmte politische Formen und ein politisches Ziel gegeben.

Es war und ist nur der reaktionären und bürgerlichen Presse möglich, über die Massenbewegung der Arbeiter so zu schreiben, wie es ihr ums Herz ist. Und sie macht davon auch ausgiebigsten Gebrauch. Was vom Standpunkte der Arbeiterklasse und der sozialistischen Weltanschauung zu den Ereignissen der letzten Tage gesagt werden müßte, muß vorläufig ungesagt bleiben. Graf Hertling, Herr v. Paner usw. haben den Arbeitern gezeigt, was von den vielgerühmten ersten Ansätzen zu einer Parlamentarisierung des politischen Lebens zu halten ist. Und die bürgerlichen Parteien des Reichstages haben den Arbeitern den ganzen Jammer unseres politischen Lebens dadurch offenbart, daß sie in diesen bewegten Zeiten ihre Diäten lieber am trauten Familienherd verzehren, als der Vertretung des deutschen Volkes Gelegenheit geben wollen, zu den brennenden Zeitfragen Stellung zu nehmen. Herr Kaempf hat den Antrag der sozialdemokratischen Parteien auf sofortige Einberufung des Reichstages abgelehnt; der auf den 19. Februar festgesetzte Termin des Zusammentritts des Reichsparlamentes soll noch weiter hinausgeschoben werden. Inzwischen unterhalten sich die Wahlrechtsverschlepper des preukischen Dreiklassenhauses wochenlang über die künftige Zusammensetzung des feudalen Herrenhauses. Das Volk mag inzwischen an dem Wahlrechtsversprechen zehren.

Was die Anderen sagen.

Alles, was an Anfeindungen und Anwürfen gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus von der internationalen Reaktion erdacht worden ist, hat in diesen Tagen seinen Niederschlag in der deutschen bürgerlichen Presse gefunden, am schlimmsten natürlich in den reaktionären und alldeutschen Blättern. Selbst der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, dem von der konservativen Presse angebliche Sympathien für den Streik vorgeworfen wurden, schrieb von „einem törichtem, völlig sinnwidrigen und ganz aussichtslosen Streik“, von einem „wirren, sinnlosen Unternehmen“, usw. Die Arbeiter können daraus schließen, wie erst in der reaktionären Presse gegen sie getobt und gewütet wurde. Es versteht sich am Rande, daß da mit Landesverrats-Denunziationen nur so herumgeworfen wurde, daß Graf Reventlow über die „Schamlosigkeit des Berliner Mobgeistes“ schrieb, von anderen Stilblüten ordnungswütiger Federhelden und Heimkrieger abgesehen. Aber auch Blätter, die noch viele Arbeiterleser hatten, verspritzten ihr Gift gegen die Massenbewegung der Arbeiter, so die „Morgenpost“, der „Lokalanzeiger“, die „Volkszeitung“, „B. J. a. M.“ u. a. Die Arbeiter mögen daraus

ersehen, wie sehr heute noch nach 55 Jahren die Lassalle-Worte über die Presse zutreffen:

„Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse. Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit.“

„Die Lügenhaftigkeit dieser Presse haben Sie am besten erfahren, und doch wissen auch nur die wenigsten von Ihnen auch nur den allergeringsten Teil dessen, was in dieser Hinsicht vorgekommen. Täglich Lügen, Lügen in reinen, puren Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil enstelt — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte.“

Was Lassalle hier von der liberalen Presse seiner Zeit sagt, trifft in vollem Umfange auf die kapitalistische Presse unserer Tage zu, deren Geisteszustand erst recht gemeingefährlich geworden ist.

Die Chronik des Massenstreiks.

Mehr wie eine kurze Registrierung der Ereignisse der Streiktage kann hier nicht gegeben werden, und auch diese muß dürftig und lückenhaft bleiben.

Am 28. und 29. Januar vollzieht sich in aller Ruhe und Ordnung der Auszug von Tausenden von Arbeitern aus den Betrieben, vor allem denen der Rüstungsindustrie, aber auch andere Betriebe schließen sich der Bewegung an. Eine Versammlung im Gewerkschaftshause wählt aus den Vertrauensleuten der Betriebe einen Arbeiterrat, aus dessen Mitte ein Ausschuß von 10 Arbeitern und einer Arbeiterin als Streikleitung bestimmt wird. Die Versammlung legt dem Streik bestimmte politische Forderungen zugrunde, Je drei Abgeordnete der Unabhängigen und der Abhängigen Sozialdemokratie werden dem Ausschuß zugesellt. Die Gewerkschaftsführer erklären ihre Neutralität.

Vom 29. Januar ab werden alle Versammlungen der Arbeiter verboten. Am 30. Januar sperrt ein starkes Polizeiaufgebot das Gewerkschaftshaus. Den Mitgliedern des Ausschusses wird unter Strafandrohung eröffnet, daß ihnen jede Betätigung für den Streik verboten ist.

Am 31. Januar wird durch eine Verfügung des Oberkommandos in den Marken der Streik als eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ bezeichnet, das Zusammentreten des Arbeiterrates, seines Ausschusses oder irgendeiner anderen Streikleitung verboten.

Die Streikbewegung hat inzwischen an Ausdehnung zugenommen. Auch aus der Provinz: Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, München, Rheinland-Westfalen, später auch aus Köln, Mannheim, Kassel usw. kommen Nachrichten über Streikbewegungen.

Während der ganzen Zeit weigert sich die Regierung, mit den streikenden Arbeitern in Verhandlungen einzutreten. Der Reichskanzler, der Unterstaatssekretär Wallraf, schließlich auch der „demokratische“ Vizekanzler von Bayer wollen zwar mit Abgeordneten und offiziellen Vertretern der Generalkommission der Gewerkschaften verhandeln, für die Arbeitervertreter aber sind sie nicht zu sprechen.

Inzwischen sorgt die Berliner Schuhmannschaft auf Straßen und Plätzen für „Sicherheit und Ord-

nung“, zum Teil ist sie durch Unteroffiziere der Garnison verstärkt worden. An verschiedenen Stellen der Stadt wird versucht, den Straßenbahnverkehr zum Stehen zu bringen, indem einige Anhängewagen aus den Schienen gehoben werden. In Moabit kommt es zu ernstlichen Zusammenstößen, bei denen auf beiden Seiten von der Schutzwaffe Gebrauch gemacht wurde.

Am 1. Februar erließ das Oberkommando in den Marken folgende Bekanntmachung:

Die Ausstandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiter von Groß-Berlin verharrt, beeinträchtigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition. Ich habe daher folgende Betriebe:

1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Mariensfelde, Pichtenberg und Wittenau,
2. Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. G. Schwarzkopff, Berlin,
3. A. Borzig in Berlin-Tegele,
4. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft — Fabrik Hennigsdorf,
5. Kraus Motor-Gesellschaft Berlin-Heinoldendorf,
6. Flug-Verkehrs-Gesellschaft Johannisthal,
7. Daimler-Motoren Zweigniederlassung Mariensfelde

unter militärische Leitung gestellt und den Arbeitern dieser Betriebe aufgegeben, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918, bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.

Während die Schutzleute das Streikfeuer zu löschen suchten, führte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den geistigen Ordnungstempel gegen die Streikenden.

Am 2. Februar trat zum ersten Male im Moabiter Gerichtsgebäude das außerordentliche Kriegsgericht zusammen und verurteilte den Dreher Heinrich Schulze wegen Landesverrats, begangen durch Verteilung von Streikzetteln, zu 6 Monaten Gefängnis. Schulze, der eine gelähmte Frau und zwei Kinder hat, ist Mitglied des Metallarbeiterverbandes und der Unabhängigen Sozialdemokratie. Er wurde in Haft gehalten.

Am 4. Februar wurde Genosse Reichstagsabgeordneter Dittmann, der im Treptower Park verhaftet worden war, zu 5 Jahren Festung und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Anklagevertreter hatte 6 Jahre Zuchthaus beantragt. — Eine Anzahl Zeitungen, die einen ausführlichen Bericht über die Verhandlung gebracht hatten, wurden für kurze Zeit verboten.

Das außerordentliche Kriegsgericht umfaßt drei Strafkammern, die im Moabiter Justizpalast tagen und mit drei militärischen und zwei Zivilrichtern besetzt sind.

In der Streikwoche sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Am 2. Februar berichteten bürgerliche Blätter, daß nach amtlicher Feststellung die Zahl der Verhafteten 84 betragen habe. Damit scheint aber die Zahl noch nicht erschöpft.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte im Laufe des Montags (4. Februar). Ein großer Teil der Arbeiter war aber noch am Montag der Arbeit ferngeblieben, sie kehrten erst am Dienstag, den 5. Februar, in die Betriebe zurück.

Auch in der Provinz wurden viele Verhaftungen und Einziehungen von Streikenden vorgenom-

men. In München wurde unter anderen der Schriftsteller und frühere Vorwärtsredakteur Kurt Eisner verhaftet.

Kriegsgerichtsurteil in Köln.

Am Mittwoch nachmittag wurde in Köln der Dreher Bernhard Hammer aus seinem Betrieb heraus verhaftet, weil er Flugblätter der Unabhängigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verbreitet hat. Am Freitag wurde er von dem außerordentlichen Kriegsgericht wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr Festungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt. Weil der Angeklagte nicht vorbestraft war und das Kriegsgericht keine unedle Gesinnung annahm, wurde auf Festungshaft erkannt.

Hammer war Mitglied und Vertrauensmann des Kölner Unabhängigen sozialdemokratischen Vereins. Gegenwärtig sind zusammen vier Mitglieder der Kölner Ortsgruppe in Haft.

Es ist wirklich mehr als dürftig, was ein Arbeiterblatt über diese Massenbewegung der Arbeiter berichten kann. Es wird aber die Zeit kommen, in der ihre Geschichte und ihre Lehren ausführlicher gewürdigt werden müssen.

Belobigung der Berliner Straßenbahner.

Der Herr Oberbefehlshaber in den Marken hat an die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, die Betriebsleitung der Berliner Städtischen Straßenbahn und die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Es ist mir gemeldet, daß die Berliner Straßenbahn-Angestellten während der schwierigen Verhältnisse in vorlierer Woche ihren Dienst mit ganz besonderer Hingebung erfüllt haben. Ich habe hiervon mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen. Die Aufrechterhaltung der Personalförderung in der Reichshauptstadt ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ich freue mich, daß die Straßenbahn-Angestellten, sowohl Männer als Frauen, dies richtig erkannt und ihren Stolz darin gesetzt haben, durch treue Erfüllung ihrer Pflicht der Gesamtheit und damit dem Vaterlande wertvolle Dienste zu leisten.“

Ich erlaube die Betriebsleitung, allen Beteiligten meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

gez. v. Kessel,
Generallieutenant.

Die Generalkommission und der Streik.

Das „Berl. Tagebl.“ brachte in seiner Abendausgabe vom 5. Februar folgende Zuschrift der Generalkommission der Gewerkschaften:

„In dem in Nummer 61 Ihres geschätzten Blattes vom 2. Februar 1918 enthaltenen Artikel „Die Regierung und die Arbeiterschaft“ wird unter anderem dargelegt, weshalb Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Streikenden nicht zu Stande gekommen seien. Dabei wird die Auffassung vertreten, daß die Schuld der Generalkommission zur Last falle. In dem Artikel heißt es:

„Es hat den Anschein, als komme die Weigerung in der Tat von der Generalkommission, nicht von den Abgeordneten, oder auch nicht von den Abgeordneten der alten sozialdemokratischen Fraktion. Auch dieser Standpunkt erscheint uns keinesfalls einwandfrei. Es handelt sich nicht darum, ob die Generalkommission eine Verantwortung für den Streik übernimmt, sondern darum, daß sie vermittelnd zu einem Ausgleich beitragen soll. Das kann auch ein „Neutraler“ tun und seine Neutralität wird dadurch nicht beeinträchtigt, nicht verletzt.“

Wie Sie zu dieser Auffassung haben kommen können, ist nicht verständlich, weil aus der in derselben Nummer Ihres Blattes zum Abdruck gebrachten Erklärung des Parteivorstandes ersichtlich ist, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei die Förderung des Reichstagslers, eine Vertretung der Generalkommission zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, abgelehnt hat. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß Kompetenzfragen und Bedenkllichkeiten in einer so schwierigen Situation nicht angebracht sind, daß vielmehr alles getan werden müsse, um schnell und in einer Weise, die möglichst wenig Verbitterung hinterläßt, den Streik beizulegen. Die Generalkommission hat sich denn auch sofort bereit erklärt, dem Wunsche des Reichstagslers Rechnung zu tragen und Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Es ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen, daß sie durch die Beteiligung an den Verhandlungen ihre Neutralität verlieren könne. Durch ihre Beteiligung wäre es möglich gewesen, auch Vertreter der Streikenden in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Ortsverwaltung einer gewerkschaftlichen Organisation an den Verhandlungen zu beteiligen. Der Wunsch der Streikenden wäre als im wesentlichen erfüllt worden. Die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie lehnten es aber ab, eine offizielle Vertretung der Generalkommission hinzuzuziehen. Sie verzichteten lieber auf jede Verhandlung, als daß sie diese Konzeption gemacht hätten.

Das Verhalten entspricht durchaus der von unabhängiger Seite belebten Dege gegen die Gewerk-

schaftsführer. In einem anonymen unter den Streikenden verbreiteten Flugblatt heißt es:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinaus mit den Burichen aus den Arbeiterversammlungen. Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Die hier zum Ausdruck gekommene Auffassung ist es, die für die Stellungnahme der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie ausschlaggebend war.

Wir bitten Sie, von dieser Richtigstellung in Ihrem Blatte Notiz nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Bauer,

Mitglied des Reichstags.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat durch ihre ganze bisherige Kriegspolitik die Mißstimmung weiter Arbeiterkreise hervorgerufen. Die Neutralitätserklärung hat dem Ganzen erst die Krone aufgesetzt. Es ist daher nur zu begreiflich, daß viele Arbeiter von den Regien, Bauer usw. als „ehrlichen Maklern“ nichts wissen wollten. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie haben sich nur zum Sprachrohr der Arbeiterstimmung gemacht. Aber es entspricht durchaus der Geistesverfassung der Gewerkschaftsgrößen, wenn sie jetzt ihre Pfeile gegen die Unabhängige Sozialdemokratie richten. Und sie sind sich dabei des Beifalls der Mächte, an deren Wohlwollen ihnen mehr liegt als an dem konsequenten Eintreten für proletarische Forderungen, sicher. Aber sie können gewiß sein, daß ihre Kriegspolitik und ihre Neutralitätserklärung wie auch die Rolle, die ihre Nationen innerhalb der Streikbewegung gespielt haben, in den Gewerkschaftsversammlungen noch auf lange hinaus Gegenstand von lebhaften Erörterungen sein werden.

Französische Parteitagungen.

Die Ständige Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei hat für den 17. Februar eine Tagung des Nationalrats zusammenberufen mit folgender Tagesordnung:

1. Budget der Partei für 1918.
2. Die sozialistische Interalliiertenkonferenz.
3. Allgemeine Tätigkeit der Partei und Anwendung der Resolutionen des Kongresses von Bordeaux, besonders in bezug auf

a) die Maßnahmen, um die parlamentarische Aktion der Partei während des Krieges zu vereinfachen;

b) die Vorbereitung des neuen Wahlsystems.

Kurz vor dieser Sitzung des Nationalrats wird eine Konferenz der Parteiminderheit stattfinden. Am 16. Januar war das Aktionskomitee der Minderheit zusammengetreten. In dieser Besprechung sind folgende Beschlüsse gefaßt worden:

1. Die Minderheit wird sich an der sozialistischen Interalliiertenkonferenz nur beteiligen, wenn die russische sozialistische Partei und die offizielle italienische Partei sich auf ihr vertreten lassen.

2. Die Minderheit wird am 16. Februar zu einer Nationalkonferenz zusammenzutreten. Diese Konferenz wird in Anbetracht dessen, daß am Tage darauf der Nationalrat tagt, in Paris stattfinden.

Sodann wurde noch folgende Tagesordnung beschlossen:

„Angesichts der Verhaftung der Genossen Collard, die mehreren Verhaftungen sozialistischer und gewerkschaftlicher Mitkämpfer und Mitkämpferinnen folgte,

bedrückt durch das hartnäckige Schweigen der sozialistischen Parlamentsgruppe und der Zentralorgane der Partei,

fordert das Komitee für die Verteidigung des internationalen Sozialismus die Minderheitsabgeordneten auf, sowohl im Parlament wie in der Partei eine sofortige Aktion zu unternehmen, um eine Protestbewegung zu entfachen, die dahinzielt, die Regierungsunterdrückungen zu erschüttern, die Befreiung der Genossen im Gefängnis zu erlangen, und die Meinungsfreiheit zu garantieren.“

Die Genossin Collard, deren Freilassung die sozialistische Minderheit fordert, gehört ebenfalls wie das Ehepaar Manoug und Fr. Frion der Gewerkschaft der Lehrer an. Gegen diese Organisation richtet sich die Feindschaft der Regierung besonders heftig, weil sie eine energische Friedenspolitik betreibt. Die französischen Lehrer werden sich natürlich auch durch Maßnahmen nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was sie als Pflicht gegenüber dem französischen Volk und besonders dem französischen Proletariat erkannt haben.

Die Stadtverordneten und das Versammlungsrecht.

Die Berliner Stadtverordneten hatten sich in ihrer Sitzung am 31. Januar mit zwei Anträgen der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion zu beschäf-

tigen, die sich auf das Versammlungsrecht bezogen. Der eine Antrag ging dahin, daß der Magistrat bei den zuständigen Behörden vorstellig werden soll, die Abhaltung von Kommunalwählerversammlungen zu ermöglichen. Begründend wurde vom Genossen Paul Hoffmann auf das Verbot von Wählerversammlungen im 11. Kommunalwahlbezirk hingewiesen. Es sei dadurch den Kommunalwählern unmöglich gemacht, zu den Fragen der Kommunalwahlpolitik Stellung zu nehmen, auch die Kandidatenaufstellung in regelrechter Form vorzunehmen. Die bürgerlichen Redner erkannten den Grundgedanken des Antrages an, beantragten aber eine andere Formulierung, nach der der Magistrat ersucht wird, vorstellig zu werden, daß nach Ausschreibung der Stadtverordnetenwahl Kommunalwählerversammlungen zur Aufstellung der Kandidaten und Besprechung der Wahl zugelassen werden. Namens des Magistrats erklärte der Oberbürgermeister, daß nach der Städteordnung dem Magistrat wichtige Befugnisse über den Vollzug der Wahl übertragen sind. Aus diesem Grunde habe auch der Magistrat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Wahl sich frei und unbeeinträchtigt vollziehe. Deshalb werde der Magistrat sich gern dem Auftrage unterziehen. Der Antrag gelangte nach Ablehnung der Formulierung unserer Genossen in der von den bürgerlichen Fraktionen beantragten Form zur einstimmigen Annahme.

Ein anderes Schicksal hatte der zweite Antrag, der folgenden Wortlaut hatte:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung protestiert gegen die völlig unbegründete und die weitesten Kreise der Bürgerschaft empörende Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts der streikenden Arbeiterschaft.
2. Der Magistrat wird ersucht, schleunigst alle Maßnahmen zu ergreifen, um der Berliner Bürgerschaft wieder die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts zu ermöglichen.

Genosse Wenf von der Unabhängigen Fraktion begründete den Antrag. Er wies auf die Friedenskaktion der Berliner Arbeiterschaft hin und betonte, daß den Arbeitern das Recht genommen worden sei, zur Beratung ihrer Angelegenheiten sich zusammenzufinden. Dieses elementare Versammlungsrecht sei verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegt. Nehme man das, so werde es unmöglich, eine Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und gehe nur Del ins Feuer. Ein Ausgleich sei dann nicht möglich. Der Magistrat müsse ein Interesse an dem großen Teil der Berliner Bürgerschaft nehmen, als welche die Arbeiterschaft erscheine. Der Oberbürgermeister erklärte, daß im vorliegenden Falle die Sache anders liege, wie bei den Kommunalwählerversammlungen. Wohl könne auch der Magistrat bei Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermittelnd eingreifen, wenn er darum ersucht werde. Das liege aber nicht vor. Im Interesse des Vaterlandes richte er an die Berliner Bürgerschaft das herzlichste und dringendste Ersuchen, alles zu tun, die Arbeit in geordneter Ruhe wieder zu verrichten.

Herr Cassel und Herr Rommsen als Redner der bürgerlichen Gruppen erklärten, den Antrag abzulehnen zu müssen. Es handle sich um einen politischen Streik. Hierfür wäre die Stadtverordnetenversammlung gar nicht zuständig. Als deutscher Mann — so sagte Herr Rommsen — könne er dem Antrage seine Zustimmung nicht geben. Das gehöre übrigens vor den Reichstag. Die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung des Antrages falle ganz anderen Leuten zur Last, als den bürgerlichen Gruppen.

Herr Pfannkuch von der abhängigen Fraktion erklärte, sich nicht darüber auslassen zu wollen, ob der Streik berechtigt sei oder nicht. Der sozialdemokratische Parteivorstand habe mit der Tatsache zu rechnen, daß der Streik da sei. Und da habe er es für richtig gehalten, auch seinerseits an dem weiteren Verlauf mitzuwirken, um die Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken und für einen regulären Verlauf zu sorgen. Das sage er, da doch die Stellung seiner Partei zur Frage der Landesverteidigung bekannt sei. Das hätten seine Freunde durch die Tat bewiesen. Seine Fraktion werde für den Antrag stimmen.

Genosse Adolf Hoffmann legte dar, daß die Ereignisse der letzten Tage nicht zuletzt darauf zurückzuführen werden müßten, daß die Arbeiter an regelrechten Zusammenkünften verhindert seien. Die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nötigten auch die Arbeiter, ihre Meinung darüber in der unzweideutigen Weise zum Ausdruck zu bringen. Das sei ihr gutes Recht. Die Arbeiter wollen Frieden, Freiheit und Brot. In heissen Worten rechnete er mit den Herren Cassel und Rommsen ab, wiederholt unter stürmischer Zustimmung seiner Freunde und der Tribünenbesucher und von starkem Widerspruch der bürgerlichen Stadtverordneten unterbrochen. Der Vorsteher unterlagte dem Tribünenpublikum jedes Zeichen des Beifalles und drohte mit Räumung der Tribüne. Und als zum Schluß der Hoffmannschen Rede das Tribünenpublikum Beifall spendete, machte der Vorsteher, Herr Michelet, seine Drohung wahr und veranlaßte die Räumung der Tribüne, was zu lebhaften Auseinandersetzungen auf der Tribüne sowohl wie im Saale zwischen unseren Genossen und den übrigen Stadtverordneten Anlaß bot. Die Aufregung hatte einen Höhepunkt erreicht, wie er im Roten Hause noch nicht da war. Tatsächlich hat selbst der frühere Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Herr v. Kröcher, das Mittel der Räumung der Tribüne nie angewandt, wenn er auch wiederholt damit gedroht hat, obwohl Herr v. Kröcher wirklich zu den „Marken Männern“ gehörte. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen mit 71 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Die Reichstagswahl in Niederbarnim.

Die Reichstagswahl im Kreise Niederbarnim, die durch den Tod unseres Genossen Artur Stadthagen notwendig geworden ist, findet am

Donnerstag, den 14. März

statt.

Die Auslegung der Wählerlisten beginnt nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten am

Dienstag, den 12. Februar.

Zum Wahlkommissar ist der Landrat des Kreises Niederbarnim, von Bredow, bestimmt worden.

Wahlberechtigt zum Reichstag ist jeder männliche Deutsche, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, keine laufende Armenunterstützung bezieht und in der Wählerliste eingetragen ist.

Wer sich sein Wahlrecht am 14. März sichern will, tut gut, vom kommenden Dienstag ab am Orte in den Gemeindebüros nachzusehen oder nachsehen zu lassen, ob er in der Wählerliste steht.

Als Kandidat der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist von den Funktionären des Kreises der Schriftsteller

Dr. Rudolf Breitscheid

aufgestellt worden.

Es gilt nunmehr, in eine rege Agitation für den Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei einzutreten.

Niederbarnim.

Von Rud. Breitscheid.

Der Termin für die Reichstagsersatzwahl im Kreise Niederbarnim ist nunmehr für den 14. März festgesetzt worden. Der eigentliche Wahlkampf hat also seinen Anfang genommen. Freilich, das ist ein Wahlkampf, der unter ganz außergewöhnlichen Bedingungen und unter unerhörten Schwierigkeiten geführt werden muß! Wir sind im Kriege, wir leben einstweilen unter dem verschärften Belagerungszustand, wir haben keine Tageszeitung zu unserer Verfügung, ein Teil unserer besten Hilfskräfte ist uns auf die eine oder andere Weise entzogen.

Nichts aber ist bedauerlicher, als daß die Schwierigkeiten noch erhöht werden durch Leute, die uns politisch nahe stehen, und nichts ist mir weniger erfreulich, als daß ich mit einer Abwehr gegen Kreise beginnen muß, denen ich nicht radikal genug erscheine.

Da ist zunächst die Bremer „Arbeiterpolitik“, die u. a. folgendes von mir sagt:

„Herr Breitscheid kam von den Raumännern her, war bis zum Kriege eine bewährte Stütze des Herrn Stampfer, dessen Korrespondenz er in der Abwesenheit ihres Herausgebers leitete, und ging im Kriege zu den Sozialpazifisten über, an deren Korrespondenz er sich mit Kautsky, Bernstein und Ströbel beteiligte. Man sieht, Herr Breitscheid hat sich entwickelt; auch ist er redegabt, lebenswürdig, recht von Herzen pazifistisch, kurz: er ist der Mann, der vor allem auch die bürgerlichen Wähler Niederbarnims zu sich herüberziehen wird.“

Offen gestanden bereitet mich diese Kritik nicht allzuviel Schmerzen. Was ein Sozialpazifist ist, und ob das etwas ganz besonders Verwerfliches sein soll, weiß ich nicht recht. Wenn aber der Sozialpazifismus ein Verbrechen ist, an dem die Genossen Bernstein, Kautsky und Ströbel beteiligt sind, (die Arbeiterpolitik hätte auch die Genossen Haase und Bloch nennen können, denn auch deren Namen stehen an dem Kopf der von mir herausgegebenen Korrespondenz), so wüßte ich nicht, warum ich mich nicht schuldig bekennen sollte. Daß ich Lebenswürdig sei, ist eine Anklage, deren Schärfe durch die Seltenheit, mit der man sie gegen mich erhebt, einigermaßen abgeschwächt wird, und daß ich Aussicht auf die Stimmen der bürgerlichen Wähler in Niederbarnim hätte, ist vorläufig nur eine sehr private Meinung des Bremer Blattes. Mit den bürgerlichen Stimmen hat es bei mir schon sehr gering gehapert, als ich seinerzeit für die bürgerliche Demokratie kandidierte, und bis auf weiteres hege ich einige Zweifel, ob die Bürgerlichen von Niederbarnim mir günstiger gesinnt sein werden, wenn ich als Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie vor sie trete.

Ersterer Charakter trägt schon der Vorstoß, den der Genosse Mehring im Stuttgarter „Sozialdemokrat“ unternimmt. Mehring erklärt diejenigen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die zur Gruppe „Internationale“ gehörten, wären Loren, „wenn sie ruhig mit ansehen wollten,

daß einer der sichersten unter den Wahlkreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einer durchaus radikalen Wählerchaft einen parlamentarischen Vertreter erhalten soll, der . . . doch immer auch während seiner knappen Parteitätigkeit eine verhängnisvolle Neigung gezeigt hat, nach rechts zu steuern.“

Hätte Genosse Mehring diese Ausführungen gemacht, bevor mich die Vertrauensmänner des Kreises Niederbarnim zum Kandidaten wählten, so wäre nicht viel dagegen einzuwenden gewesen. Daß aber nun nach erfolgter Aufstellung und am Anfang eines Kampfes, der nur unter Aufbietung aller Kräfte gewonnen werden kann, ein Mann, der selbst in der Unabhängigen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses sitzt, unverblümt zur Aufstellung einer Sonderkandidatur auffordert, ist in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung wohl ohne Beispiel. Aber ich überlasse es den zuständigen Instanzen, sich mit Mehring über diesen Punkt auszusprechen und beschränke mich auf die Frage, wo und wann ich die verhängnisvolle Neigung gezeigt habe, nach rechts zu steuern. So etwas darf ein Politiker nicht nur behaupten, sondern muß es auch im einzelnen beweisen.

Ich habe den dringenden Wunsch, daß uns weitere Auseinandersetzungen dieser Art in den nächsten Wochen erspart bleiben. Nicht um meiner Person, sondern um der Sache willen. Auf den Ausgang des Wahlkampfes in Niederbarnim steht nicht nur Groß-Berlin, sieht nicht nur Deutschland, sondern blüht die ganze internationale Sozialdemokratie. Geht uns der Wahlkreis Stadthagen verloren, so ist das ein schwerer Schlag für die Unabhängige Partei und für die Werbekraft ihrer Ideen, und bis auf weiteres möchte ich annehmen, daß auch diejenigen, die an meiner Person Anstoß nehmen, Bedenken tragen, für eine Niederlage die Mitverantwortung zu übernehmen. Es gilt jetzt für jeden Parteigenossen einen Triumph nicht gönnen will, alles für den Sieg eines Kandidaten einzusetzen, der aufgestellt wurde, weil er sich zu den Grundätzen des internationalen Sozialismus bekennt.

Wie es scheint, wollen die bürgerlichen Parteien am Kampfe nicht teilnehmen, sondern als Zuschauer beiseite stehen. Wir haben es nur mit den Regierungssozialisten zu tun, die nebenbei den unglaublich komischen Trick anwenden, uns als die Quertreiber und die Zersplitterer hinzustellen. Es wird vor allem unsere Aufgabe sein, das hervorzuheben, was unsere Politik von der ihrigen unterscheidet und wodurch wir den Völkerfrieden und der Völkerfreiheit besser und wirksamer zu dienen glauben als jene. Wir haben immer aufs neue die Unvereinbarkeit dessen, was sie die Grundzüge vom 4. August 1914 nennen, mit den Forderungen des internationalen Sozialismus nachzuweisen. Die Grundzüge vom 4. August 1914 — das ist nicht nur der Begriff der Vaterlandsverteidigung, wie er von bürgerlich-kapitalistischer Seite aufgestellt und verstanden wird, das ist der Burgfrieden, das ist der Verzicht auf eine selbständige Politik der Arbeiterschaft, das ist das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, das ist das Vertrauen auf eine dem sozialistischen Proletariat wesensfremde Regierung, das ist der Glaube an einen Parlamentarismus, der noch dazu nicht einmal diesen Namen verdient, das ist mit einem Wort die durch nichts zu rechtfertigende Kapitulation vor Mächten, die bis zum äußersten zu bekämpfen Zweck und Wesen der Arbeiterbewegung bedeutet.

Die Schärfe, mit der wir an der Politik der Scheidemannpartei Kritik üben müssen, darf auch nicht deswegen eine Milderung erfahren, weil sich bei einigen ihrer Angehörigen neuerdings das Gewissen zu melden scheint, und weil ihnen bestimmte Konsequenzen ihrer Haltung vom 4. August 1914 unbehaglich zu werden beginnen. Nur des Beispiels halber sei ein Aussatz erwähnt, den ihr Kandidat, Herr Rudolf Wissel, vor einigen Tagen im „Vorwärts“ veröffentlichte. Er jammert über die Ausbeutung der Frauen und Kinder in den Betrieben und klagt, daß die Arbeiterschutzpolitik im Laufe der dreieinhalb Kriegsjahre zu einem Trümmerfeld geworden sei. Wissel hat ganz Recht. Aber leider vergißt er zu erwähnen, daß an der Zerstörung des Arbeiterschutzes jene Gewerkschaftsführer die Hauptschuld tragen, die sich bei Beginn des Krieges willenlos die Hände binden ließen, ja Miegies das, die infolge der innerpolitischen Maßregeln der kapitalistischen Regie-

rung als die Morgendämmerung des Sozialismus begrüßten. Wurde damals nicht gebuhelt: Sozialismus wohin wir blicken? Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, deren Angestellter Herr Wissel ist, entdeutet, daß der Krieg im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung „nicht gesellschafts auflösend, sondern im hohen Maße gesellschaftsfördernd“ wirke. „In diesem Stadium“, so schrieb es weiter, „ist aber der Krieg eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und er ist wie kaum ein anderes Ereignis geeignet, sozialistisch zu wirken.“

Und noch im Jahre 1916, als der erste Kausch doch etwas verflogen sein konnte, pries ein Kollege des Herrn Wissel, Herr Paul Umbreit, in demselben Korrespondenzblatt die Politik des 4. August: „Sie ist eine Politik der organisierten Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Ueberlegenheit der Waffen. Sie ist in Summa die Politik deutscher Selbsterhaltung.“

Was will es da bedeuten, daß man sich jetzt händeringend vor den Trümmerhaufen der Arbeiterschutzpolitik stellt und Zweifel über die Hebung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit unseres Volkes äußert? Man jammert hier so gut wie in der auswärtigen Politik nur über die Folgen des eigenen Verhaltens und kann sich hier so gut wie dort nicht dazu entschließen, offen die eigene Schuld an dem Geschehenen zu bekennen.

Doch von diesen und anderen Sünden des Regierungssozialismus wird noch häufig und noch eingehend zu reden sein. Der Sieg über die Feinde der Arbeiterbewegung ist nur zu erringen, wenn wir grundsätzlich andere Wege einschlagen als die, die sich fälschlich als die Hüter alter Traditionen und als die Fortführer und Vollender der Klassenkampfpolitik des Proletariats aufspielen.

Jetzt gilt es, im Wahlkreise Niederbarnim den Kampf aufzunehmen, der Schwierigkeiten bewußt, aber voller Vertrauen auf den durch eifrige Arbeit zu erringenden Erfolg und gestärkt durch das Bewußtsein unserer Kraft, das uns gerade die letzten Wochen haben geben können. Betrachten wir es als ein gutes Vorzeichen, daß der Wahltag, der 14. März, der Jahrestag des Beginns der russischen Revolution ist.

Aus der Bewegung.

Die Klage der früheren Vorwärts-Redakteure gegen Herrn Fischer und den Parteivorstand harret noch immer ihrer Erledigung. Am 29. Januar war ein erneuter Termin vor dem Kammergericht angesetzt, der aber wiederum der Vertagung verfiel. Wie lange werden die aus dem „Vorwärts“ hinausgeworfenen Redakteure noch um ihr Recht kämpfen müssen. Tatsächlich hatten unsere Genossen der rechtmäßigen Redaktion vollen Anspruch auf ihr Gehalt, das Herr Fischer anfänglich sogar schriftlich zugesichert hatte, wenn auch nur bis 1. April. Aber selbst dieses Versprechen löste der von „tiefem sozialdemokratischen Empfinden“ besessene Mann nicht ein, er bekam es sogar fertig, ohne jede weitere Nachricht die versprochene Gehaltszahlung einzustellen, so daß die Hinausgeworfenen, die sich auf das Versprechen Fischers verlassen hatten, eines schönen Tages plötzlich vor dem Nichts standen. Auch die seinerzeit bei Ausbruch des Krieges einbehaltenen Gehaltsabzüge sind nicht zurückgezahlt worden, obwohl das Kammergericht das ausdrücklich als Recht anerkannt hat. Inzwischen ist einer der Klagenenden, Genosse Stadthagen, verstorben. Vielleicht sterben die andern auch noch, ehe sie zu ihrem Rechte kommen. Dann kann sich der Vorwärtsverlag an den unrechtmäßig vorenthaltenen Geldern seiner früheren Angestellten bereichern.

Aus Stettin wird uns geschrieben: „Wenn Sie es mir auch verübeln, aber das muß ich sagen: Niemals haben Sie die Interessen der Arbeiter so schlecht vertreten wie gerade jetzt!“ Also sprach ein bürgerlicher Stadtverordneter zu seinem abhängigen Kollegen Danisch, der durch seine Wandlungsfähigkeit allen Stettiner Genossen sattam bekannt ist. Und der Kritiker hat recht. In ihrem Vertreten um die Stimmen der Beamten haben auch die hiesigen Abhängigen sich immer mehr und mehr von ihren Wählern entfernt. Die in jener Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stehende Vorlage vor vollkommener Gelegenheit, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, statt dessen sprach der Umlerner Häßlich ganz allgemein von den Minderbemittelten und von den Arbeitslosen, unter denen die Schlechtbezahlten leiden. Die bürgerlichen Stadtvertreter, die die Interessen der Beamten energisch in Schutz nahmen, gingen näher auf das Thema ein und schilderten die Notlage der Angestellten in den lebhaftesten Farben und führten Beispiele an, nach denen die Gemeindebeamten den Staatsbeamten gegenüber jahrelang im Nachteil gewesen seien, der zu einer Verschuldung des größten Teiles der Beamtenklasse geführt hätte. Das soll auch nicht beschränkt werden. Wie sieht es aber mit den Gemeindearbeitern? Ihnen ist eine tägliche Lohnzulage von 1 Mk. gewährt worden, die nach dem Kriege wieder in Fortfall kommen soll. Von der sogenannten

